

Der Haushaltsausschuss





Otto Fricke (FDP), Vorsitzender des Haushaltsausschusses

Foto © Deutscher Bundestag/Frank Ossenbrink

»Wir Haushälter werden darauf getrimmt, untypische Politiker zu sein. Wir müssen immer wieder sagen: ›Gibt es nicht!‹, ›Können wir uns nicht leisten!‹, ›Wir haben es nicht!‹. Wenn andere Ausschüsse ihre Wünsche und Träume vorstellen, müssen wir für die Realität zuständig sein. Wir können die Mathematik nicht außer Kraft setzen und müssen daher immer wieder Wünsche stoppen.«

Die Schulden von heute sind die Steuern von morgen

Eine funktions- und handlungsfähige Regierung muss über erhebliche Finanzmittel verfügen. Nur auf diese Weise kann sie die vielfältigen staatlichen Aufgaben erfüllen, nur so kann sie die gesellschaftliche Realität nach ihren politischen Prioritäten gestalten – nicht nur durch Ausgaben, sondern auch durch Sparen an anderer Stelle. Ihre Finanzmittel nimmt die Regierung vor allem durch Steuern ein, sie kann sie aber auch leihen. Dies ist bekanntlich in den vergangenen Jahrzehnten in übermäßiger Weise geschehen, sodass die Gesamtverschuldung von Bund, Ländern und Gemeinden heute bei etwa 1.500 Milliarden Euro liegt.

Da Regierungshandeln wesentlich darin besteht, Staatsgelder einzunehmen und auszugeben, liegt eine entscheidende Funktion des Parlaments in der Kontrolle dieses Finanzgebarens. Neben dem Petitionsrecht gehört das Haushaltsrecht zu den ältesten und bedeutsamsten Parlamentsrechten.

Keinen Cent ohne den Haushaltsausschuss

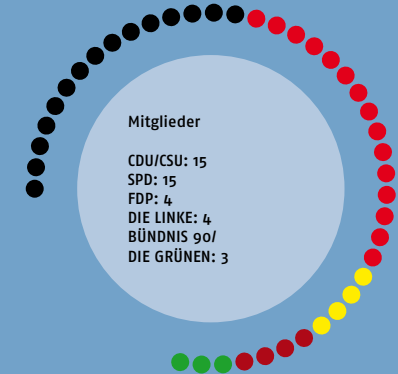
Der Haushaltsausschuss kontrolliert die Ausgabenpolitik der Bundesregierung. Mit 41 Mitgliedern ist er der größte unter den ständigen Ausschüssen und bedient sich zur Erleichterung seiner Arbeit der Unterausschüsse für Rechnungsprüfung und zu Fragen der Europäischen Union. Traditionell gehört der Vorsitzende der größten Oppositionspartei an.

Der Haushaltsausschuss berät neben kostenrelevanten Gesetzesvorhaben vor allem den jährlichen Regierungsentwurf des Haushaltsplans – ein Werk, das meist mehrere Tausend Seiten stark ist. Die verschiedenen Themen werden von Expertenteams mit einem Hauptberichtersteller bearbeitet. Erst wenn der mehrfach revidierte Haushaltsplan den Bundestag und den Bundesrat passiert hat, wird er durch Verkündung im Bundesgesetzblatt gesetzesgültig.

Haushaltsausschuss

Anzahl der Mitglieder: 41

Vorsitzender: Otto Fricke, FDP
Stellvertretender Vorsitzender:
Herbert Frankenhauser, CDU/CSU



Die »Sparmeister der Nation« achten unter anderem auf die Einhaltung der Haushaltsvorgaben, geben qualifiziert gesperrte Haushaltstitel erst je nach Entwicklung frei und befassen sich mit unvorhergesehenen Ausgabenwünschen und -notwendigkeiten.



Foto © Deutscher Bundestag/Werner Schüring

Die – gar nicht so – heimliche Macht des Ausschusses

Immer wieder wird in der Öffentlichkeit die vermeintliche Schwäche und ein Bedeutungsverlust des Parlaments diskutiert – das Zustandekommen des Bundeshaushalts zeigt aber gerade das Gegenteil: So bedeutsam das Staatsbudget für das Regierungshandeln ist, so wichtig sind auch seine Kontrolle, Änderung und Genehmigung durch den Haushaltsausschuss. Bis es so weit ist, läuft ein sehr komplexer und intensiver Konsultations-, Diskussions- und Aushandlungsprozess ab, der nur zum Teil nach außen sichtbar wird.

So sieht es für den Bürger oft danach aus, als würde die Macht der Exekutive überwiegen und der Bundestag die von ihr vorgeschlagenen Haushaltsposten einfach »durchwinken«: Der Eindruck täuscht, weil der Entscheidung im Plenum des Bundestages eine lange Abstimmungsphase vorausgeht, in der ohne die Zustimmung des Ausschusses letztlich »nichts läuft«. Die Regierung bringt vielfach nur solche

Haushaltsansätze zur Abstimmung, von denen sie vorher weiß, dass sie der Bundestag für beschlussfähig hält. Oder die Regierung nimmt einen (Änderungs-)Wunsch des Ausschusses bereits stillschweigend in ihren Plan auf.

Um den Haushaltsentwurf zu erstellen, läuft einerseits unter der Richtlinienkompetenz der Kanzlerin und der Federführung des Bundesfinanzministeriums eine Abstimmung der Notwendigkeiten und Wünsche innerhalb und zwischen den Ministerien ab. Andererseits nimmt der Haushaltsausschuss bereits in dieser Phase – etwa durch Berichterstattergespräche – Einfluss auf die Gestaltung des Haushaltsplans, sodann natürlich in den Lesungen im Bundestagsplenum und den eigentlichen Haushaltsberatungen im Ausschuss. Bei diesen Beratungen zeigt sich auch, dass die Opposition keineswegs machtlos den Haushaltsvorstellungen der Regierungsfaktionen folgen muss. Zum einen besetzt sie nicht ohne Grund regelmäßig den Vorsitz, zum anderen gelingt es ihr immer wieder, sich beispielsweise in sozial bedeutsamen Details durchzusetzen.



Die Ausgaben: Vorurteil und Realität

Die Milliardensummen des Bundeshaushaltes sind mit den üblichen finanziellen Maßstäben der Bürger schwer zu begreifen. Man behilft sich mit landläufigen, eingefleischten Vor-Meinungen: Das »Beamtenheer« und die Bundeswehr würden das meiste Geld verschlingen, für das Soziale bliebe da nicht mehr viel übrig.

Die reale Ausgabenstruktur des Bundes sieht allerdings etwas anders aus: So sind von den für 2008 festgelegten Ausgaben von 283 Milliarden Euro fast 49,5 Prozent, nämlich 140,3 Milliarden für Sozialausgaben reserviert.

Die 78 Milliarden für die Rentenversicherung sind mit 27 Prozent der größte Ausgabenblock nicht nur im Sozialbereich, sondern des Haushaltes überhaupt. Hier wird der demografische Wandel in Richtung einer alternden Gesellschaft deutlich spürbar: Vor elf Jahren machte dieser Sektor gerade einmal 15 Prozent aus.



1 Dr. Claudia Winterstein, FDP
Geschäftsführerin
geb. 18. März 1950 in Berlin;
evangelisch; verheiratet,
ein Sohn. MdB seit 2002

2 Jürgen Koppelin,
FDP
Rundfunk-Redakteur
geb. 14. September 1945 in
Wesselburen (Dithmarschen);
evangelisch; verheiratet,
zwei Kinder. MdB seit 1990

3 Ulrike Flach, FDP
Obfrau
Diplomübersetzerin
geb. 1. Januar 1951 in Ober-
hausen; verheiratet, zwei
Kinder. MdB seit 1998

4 Georg Schirmbeck,
CDU/CSU
Geschäftsführer
geb. 6. Oktober 1949 in
Ohrbeck; evangelisch-
lutherisch; verheiratet,
zwei Kinder. MdB seit 2002

5 Norbert Königshofen, CDU/CSU
Diplom-Handelslehrer,
Studiendirektor a. D.
geb. 25. Januar 1943 in
Essen; verheiratet,
ein Sohn. MdB seit 1994

6 Klaus-Peter Willsch,
CDU/CSU
Diplom-Volkswirt
geb. 28. Februar 1961 in Bad
Schwalbach; evangelisch;
verheiratet, drei Söhne, zwei
Töchter. MdB seit 1998

7 Kurt J. Rossmanith,
CDU/CSU
Diplomverwaltungswirt
geb. 22. November 1944 in
Raase (Schlesien); katholisch;
verheiratet, vier Kinder.
MdB seit 1980

8 Jochen-Konrad
Fromme, CDU/CSU
Kreisdirektor a. D.,
Rechtsanwalt, geb. 8. Juli
1949 in Haverlah; evange-
lisch-lutherisch; verheiratet,
zwei Töchter. MdB seit 1998

43 Michael Leutert,
DIE LINKE
Diplom-Soziologe
geb. 8. August 1974
in Schlema; konfessionslos;
ledig. MdB seit 2005

44 Jens Spahn,
CDU/CSU
Bankkaufmann
geb. 16. Mai 1980 in Ahaus;
römisch-katholisch; ledig.
MdB seit 2002

45 Dr. Ole Schröder,
CDU/CSU
Rechtsanwalt
geb. 27. August 1971 in
Hamburg; evangelisch;
ledig. MdB seit 2002



9 Dr. Michael Luther, CDU/CSU

Diplomingenieur
geb. 27. September 1956 in
Zwickau; katholisch;
verheiratet, drei Kinder.
MdB seit 1990

**46 Bernhard Schulte-
Drüggelte, CDU/CSU**

Diplomagraringenieur, geb.
5. Februar 1951 in Möhnesee-
Körbecke; römisch-katho-
lisch; verheiratet, vier Kinder.
MdB seit 2002

10 Jochen Borchert, CDU/CSU

Landwirt, Bundesminister
a. D., geb. 25. April 1940
in Nahrstedt (Stendal);
evangelisch; verheiratet,
zwei Kinder. MdB seit 1980

**11 Herbert Franken-
hauser, CDU/CSU**

stellv. Vorsitzender
Industriekaufmann
geb. 23. Juli 1945 in Mün-
chen; katholisch; verheiratet,
eine Tochter. MdB seit 1990

**12 Hans-Joachim
Fuchtel, CDU/CSU**

Rechtsanwalt
geb. 13. Februar 1952 in
Sulz am Neckar; evangelisch;
vier Kinder. MdB seit 1987

13 Susanne Jaffke, CDU/CSU

Tierärztin
geb. 12. Juli 1949 in
Halle/Saale; evangelisch;
Lebenspartnerschaft,
zwei Kinder. MdB seit 1990

**14 Bartholomäus
Kalb, CDU/CSU**

Industriekaufmann,
Landwirt,
geb. 13. August 1949
in Mamming; römisch-
katholisch; verheiratet,
zwei Kinder. MdB seit 1987

15 Norbert Barthle, CDU/CSU

Ministerialrat a. D.,
geb. 1. Februar 1952 in
Schwäbisch Gmünd;
römisch-katholisch;
verheiratet, zwei Kinder.
MdB seit 1998

16 Steffen Kampeter, CDU/CSU

Obmann
Diplomvolkswirt,
geb. 18. April 1963 in
Minden/Westfalen;
evangelisch; verheiratet,
drei Kinder. MdB seit 1990



17 Carsten Bösche
Sekretariat

18 Elke Ecker
Sekretariat

19 Wolfgang Hinz
Sekretariat

20 René Probst
Sekretariat

21 Otto Fricke, FDP
Vorsitzender
Rechtsanwalt
geb. 21. Nov. 1965 in Krefeld;
evangelisch; verheiratet,
drei Kinder. MdB seit 2002

22 Karl Diller
PSts BMF

23 Peter Mießen
BMF/Haushaltsdirektor

24 Carsten Schneider
(Erfurt), SPD
Obmann
Bankkaufmann
geb. 23. Januar 1976 in Erfurt;
konfessionslos; verheiratet.
MdB seit 1998

25 Waltraud Lehn,
SPD
Beigeordnete a. D.
geb. 12. August 1947
Remscheid; evangelisch;
verheiratet, ein Kind.
MdB seit 1994

26 Petra Merkel
(Berlin), SPD
Kaufmännische Angestellte
geb. am 18. September
1947 in Berlin; evangelisch;
geschieden, eine Tochter.
MdB seit 2002

27 Gunter Weiss-
gerber, SPD
Bohringenieur
geb. 24. November 1955
in Mildenaу/Erzgebirge;
verheiratet, vier Kinder.
MdB seit 1990

28 Klaus Hagemann,
SPD
Lehrer, Bürgermeister a. D.
geb. 31. Dezember 1947 in
Wölkau, Kr. Merseburg;
evangelisch; verheiratet.
MdB seit 1994

29 Volker Kröning,
SPD
Rechtsanwalt
geb. 15. März 1945 Zwickau;
evangelisch; verheiratet,
drei Söhne. MdB seit 1994

47 Dr. Frank Schmidt,
SPD
Dozent, geb. 10. März 1966
in Limburg; evangelisch;
verheiratet, zwei Kinder.
MdB 2001 bis 2002 und
seit 2005



30 Iris Hoffmann (Wismar), SPD
Diplombetriebswirtin (FH), Amtfrau a. D.
geb. 29.06.1963 in Rostock
verheiratet, 1 Kind.
MdB seit 1998

31 Lothar Mark, SPD
Bürgermeister a. D.
Studiendirektor
geb. 27. Juli 1945 in Wald-
michelbach; evangelisch;
verheiratet, zwei Kinder.
MdB seit 1998

32 Bernhard Brinkmann (Hildesheim), SPD
Bezirksdirektor
geb. 22. Mai 1952 in Scheller-
ten; römisch-katholisch;
verheiratet. MdB seit 1998

33 Ernst Bahr (Neuruppin), SPD
Diplomlehrer, geb. 11. Juni
1945 in Klum, Kreis Böhmis-
ch-Leipa; drei Kinder. MdB
seit 1994

34 Bettina Hagedorn, SPD
Goldschmiedin, geb.
26. Dezember 1955 in Kiel;
konfessionslos; geschieden,
drei Söhne. MdB seit 2002

35 Johannes Kahrs, SPD
Angestellter, geb. 15. Sep-
tember 1963 in Bremen;
evangelisch-lutherisch;
ledig.
MdB seit 1998

36 Ewald Schurer, SPD
Diplom-Betriebswirt
geb. 15. April 1954 in Ebers-
berg; katholisch; verheiratet,
drei Kinder. MdB 1998 bis
2002 und seit 2005

37 Anja Hajduk, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN
Obfrau
Diplompsychologin
geb. 8. Juni 1963 in Duis-
burg; ledig. MdB seit 2002

48 Lothar Binding (Heidelberg), SPD
Starkstromelektriker,
Mathematiker, geb. am
1. April 1950 in Sandershau-
sen; verheiratet, zwei Söhne.
MdB seit 1998

49 Petra Hinz (Essen), SPD
Juristin, geb. am 10. Juni
1962 in Essen; evangelisch;
ledig. MdB seit 2005

38 Alexander Bonde, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN
Angestellter, geb. 12. Januar
1975 in Freiburg im Breisgau;
evangelisch; verheiratet.
MdB seit 2002

39 Anna Lührmann, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN
Studentin, geb. 14. Juni 1983
in Lich; ledig. MdB seit 2002

40 Roland Claus, DIE LINKE
Diplomingenieurökonom,
geb. 18. Dezember 1954 in
Hettstedt; konfessionslos;
getr. lebend, zwei Kinder.
MdB 1998 bis 2002 und
seit 2005

41 Dr. Gesine Lötzsch, DIE LINKE
Obfrau
Philologin, geb. 7. August
1961 in Berlin; verheiratet,
zwei Kinder. MdB seit 2002

42 Dr. Dietmar Bartsch, DIE LINKE
Wirtschaftswissenschaftler,
geb. 31. März 1958 Stralsund.
MdB 1998 bis 2002 und
seit 2005

Der zweitgrößte soziale Posten sind mit 42 Milliarden Euro die arbeitsmarktbezogenen Leistungen des Bundes. Mit 14,8 Prozent am Gesamthaushalt steht dieser Posten aber nur an dritter Stelle: Den zweitgrößten Ausgabenblock stellen die Zinsschulden von 43 Milliarden Euro dar, das sind immerhin 15 Prozent des Gesamthaushalts.

Gegenüber der Rentenquote wirken die Personalausgaben des Bundes von 26,7 Milliarden Euro, 9,4 Prozent des Haushaltes, fast bescheiden. 1992 waren es noch 12 Prozent, der Personalabbau ist seitdem kontinuierlich vorangeschritten. Nur: Verzicht auf ausreichende personale Dienstleistungen des Staates will und soll der Bürger auch nicht, deshalb ist hier das Einsparpotenzial bereits nahe an seine Grenze gekommen.

Die Ausgaben für die Bundeswehr liegen mit 29 Milliarden Euro bei rund 10 Prozent, Verkehr/Bau/Stadtentwicklung mit 24 Milliarden Euro bei rund 8 Prozent. Alle anderen Posten liegen jeweils deutlich unter diesen »großen Brocken«.

Was der Ausschuss konkret bewirkt

Ob Verschuldung und Ausgaben an einer oder Einsparungen an anderer Stelle: Immer geht es auch um die Entscheidung über politische Schwerpunkte. Gut abzulesen sind die Effekte und Prioritäten der Ausschussarbeit an den Abweichungen, die sich zwischen dem Haushaltsentwurf der Regierung und dem letztendlich vom Bundestag genehmigten Haushalt zeigen. Zum Beispiel am Haushalt 2008: Zunächst einmal hatte der Entwurf 12,9 Milliarden Euro neue Schulden vorgesehen, der Ausschuss bewilligte aber nur 11,9 Milliarden Euro.

Das ist die niedrigste Neuverschuldung seit der Wiedervereinigung: Wie schon im Haushaltsjahr 2007 signalisiert der Ausschuss deutlich, dass er – auch vor dem Hintergrund einer anziehenden Konjunktur und eines wachsenden Steueraufkommens – die Neuverschuldung konsequent weiter reduzieren wird. Man sollte sich nach Meinung der Parlamentarier nicht vormachen, jetzt »im Geld zu schwimmen«.

Der Etatentwurf sah Gesamtausgaben von 283 Milliarden Euro vor. Dies hat der Ausschuss auch genehmigt, allerdings in diesem Rahmen einiges umgeschichtet in der Absicht, mehr für die Zukunftsgestaltung zu tun, als vorgesehen war. So hat der Ausschuss die Investitionen aufgestockt, zum Beispiel für Bildung und Forschung um 163 (auf 9.350 Millionen Euro insgesamt) und für die Verkehrsentwicklung um 387 Millionen Euro. Mit der Investitionsstärkung soll es wieder – wie schon 2007 – gelingen, die Schuldenregel des Grundgesetzes einzuhalten: Danach darf die Neuverschuldung nicht die Investitionen übersteigen. Dem Bundesinnenministerium sowie dem Verteidigungsministerium hat der Ausschuss ebenfalls kräftig mehr als vorgesehen genehmigt, abgespeckt hat er dagegen die Regierungsansätze bei der Bundesanstalt für Arbeit sowie der Allgemeinen Finanzverwaltung. Die geringere Nettokreditaufnahme hilft auch die zukünftige Zinsbelastung des Bundes zu reduzieren.

Weniger Geld für die Vergangenheit und mehr für die Zukunft!

Nach dieser Devise arbeitet gegenwärtig der Haushaltsausschuss. Seine aktuelle Herausforderung besteht darin, nach 2006 und 2007 auch 2008 die Maastricht-Kriterien einzuhalten, also die Neuverschuldung in der vorgegebenen 3-Prozent-Grenze des Bruttoinlandsprodukts zu halten – und trotzdem genügend Reserven für Wachstumsimpulse aufzubringen. Viel Spielraum gibt es nicht: Von den rund 283 Milliarden Euro des Bundeshaushalts 2008 fallen etwa zwei Drittel für Arbeit und Soziales, Zuweisungen, Zinsen und Versorgung an, da bleibt nur etwa ein Drittel, rund 93 Milliarden Euro, für alle anderen Aufgaben des Bundes. Den auf fünf Jahre angelegten Finanzplan der Regierung muss der Ausschuss ebenfalls kritisch begleiten und seine Einhaltung einfordern. So hat der Finanzminister ab 2011 einen Haushalt ohne Neuverschuldung versprochen – die »Haushälter« nehmen ihn beim Wort.

Das lange Tauziehen um die Sanierung des Staatshaushalts

Der Haushaltsausschuss muss sich immer wieder flexibel auf neue Aufgaben einstellen. So war das Jahr 2006 für ihn besonders arbeitsintensiv, da der Haushalt wegen der vorgezogenen Neuwahlen gleich doppelt anfiel. In der 15. Wahlperiode (2002–2005), die wirtschaftlich von Stagnation und steigender Arbeitslosigkeit bestimmt war, musste der Ausschuss einige Male Haushaltsbegleitgesetze beraten, um den erhöhten Arbeitsmarktausgaben und den Steuermindereinnahmen durch den Abbau von Subventionen und Vergünstigungen zu begegnen. Ebenso ging es um Nachtragshaushalte. Sie werden eingebracht, wenn unvorhergesehene Ausgaben zu leisten sind und dadurch die Nettokreditaufnahme die Summe der im Haushaltsplan veranschlagten Investitionen überschreitet, was laut Grundgesetz Artikel 115 nur statthaft ist, wenn das gesamtwirtschaftliche Gleichgewicht gestört ist.

Das zähe Ringen um die (bis 2006) gestiegene Schuldenlast des Bundes ist seit der Defizitenstehung ab 1962 eine Daueraufgabe des Haushaltsausschusses. Hier zeigen sich auch die Handlungsgrenzen des Ausschusses: Die Haushaltspolitik in der 14. Wahlperiode 1998–2002 war zwar durch haushalts- und finanzpolitische Anstrengungen geprägt, um das 3-Prozent-Maastricht-Kriterium für die Neuverschuldung zu erfüllen. 2002 bis 2005 wurde diese Grenze aber überschritten und erst 2006 wieder unterschritten. Auch die grundlegende Sanierung des Bundeshaushalts wurde bis heute nicht erreicht: Seit 2003 liegt das Gesamtstaatsdefizit über dem Maastricht-Kriterium von maximal 60 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. 2006 waren es fast 68 Prozent. Für 2007 ist zwar – bei stagnierender Staatsverschuldung und einem etwa 2,5 Prozent höheren Bruttoinlandsprodukt (ca. 2.360 Milliarden Euro) – eine Verringerung zu erwarten, nicht jedoch schon das 60 Prozent-Ziel.

Ausschüsse im Deutschen Bundestag

Im Deutschen Bundestag werden Entscheidungen über zum Teil sehr komplexe und strittige Gesetzesvorhaben und über parlamentarische Initiativen aus allen Politikbereichen getroffen. Ausschüsse spielen eine zentrale Rolle in der parlamentarischen Beratung, denn hier ringen die Abgeordneten um Kompromisse und ziehen Sachverständige hinzu, ehe sie ihre Berichte und Beschlussempfehlungen für die Bundestagsabstimmungen abgeben. In ihren politischen Fachgebieten spiegeln die meisten der insgesamt 22 Ausschüsse die Aufgabenverteilung der einzelnen Ministerien der Bundesregierung wider. So können sie ihrer Aufgabe gerecht werden, die Regierung zu kontrollieren. Der Haushaltsausschuss dagegen gehört zu den Ausschüssen im Deutschen Bundestag, die mit eigenen Aufgaben von besonderer Bedeutung betraut sind.

www.bundestag.de/ausschuesse/index.html

Weitere Informationen im Internet unter:

Haushaltsausschuss im Deutschen Bundestag
www.bundestag.de/ausschuesse/ao8/index.html

Weiterführende Links:

Bundesministerium der Finanzen
www.bundesfinanzministerium.de
Bundesrechnungshof
www.bundesrechnungshof.de
Statistisches Bundesamt Deutschland
www.destatis.de

Das Ausschussekretariat erreichen Sie unter:

Deutscher Bundestag
Haushaltsausschuss
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: +49 30 22732656
E-Mail: haushaltsausschuss@bundestag.de

